März 2022

Hat das Bruttoinlandsprodukt ausgedient?

Seit 1968 legt der Bundeswirtschaftsminister jedes Jahr Ende Januar dem Bundestag den Jahreswirtschaftsbericht vor. In diesem Jahr hat diesen Bericht zum ersten Mal ein grüner Wirtschaftsminister verantwortet, was man bereits auf der ersten Seite erkennt. Statt wirtschaftlicher Themen wird dort vorrangig der Umbau zu einem klimaneutralen Leben als Alternativlos dargestellt. „Die Kosten der Investitionen, die wir jetzt tätigen, werden sich langfristig rentieren." lautet die – leider nicht belegte – Behauptung des Wirtschaftsministers.[1] Ökonomisch betrachtet gibt es dazu eine Vielzahl an Fragen. Beispielhaft sei nur auf den Strompreis verwiesen, der aufgrund politischer Entscheidungen hinsichtlich „Ausstieg aus der Kernenergie", „EEG-Gesetz" oder „CO_2-Besteuerung" bereits jetzt ungefähr doppelt so hoch ist wie in Frankreich und durch den Angriff auf die Ukraine tendenziell weiter steigen sollte. Die wirtschaftlchen Auswirkungen dieser Politik erscheinen dem Wirtschaftsministerium nicht relevant genug, um in diesem Gutachten ebenfalls benannt zu werden.

Aber wir möchten uns hier auf einen anderen Aspekt konzentrieren, der im Jahreswirtschaftsbericht einen breiten Raum einnimmt. Das erklärte Ziel, den Wohlstand des Landes künftig „alternativ" zu messen.[2]

International durchgesetzt hat sich der in den 1940er entwickelte Wert für das Bruttosozialprodukt (heute: Bruttoinlandsprodukt) als die zentrale Kennziffer zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung.[3] Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen, soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion verwendet werden. Dieser Indikator ermöglicht sowohl eine Vergleichbarkeit der Entwicklung im Zeitverlauf, als auch einen Vergleich mit anderen Nationen.

Allerdings ist es unter Ökonomen mehrheitlich unstrittig, dass diese Zahl als „Output" der wirtschaftlichen Tätigkeiten eines Landes, auch Schwächen oder Grenzen aufweist. So wird beispielsweise nicht berücksichtigt, welche Umweltschäden bei der Produktion entstehen (man spricht hier von negativen externen Effekten) oder dass unentgeltliche Arbeiten nicht in die Berechnung mit eingehen, beispielsweise sei hier die Hausarbeit genannt. Zudem wird auch die Entwicklung des Kapitalstocks nicht mit betrachtet, so dass die Kosten des Abbaus eines voll funktionsfähigen Kraftwerks ebenso erhöhend auf das BIP wirken, wie die Ersatzinvestition in erneuerbare Energien, obwohl unter dem Strich nicht mehr Energie produziert werden kann, als zuvor. Auch die Kosten für den Wiederaufbau nach den flutbedingten Schäden im letzten Jahr wirken sich genauso erhöhend auf das BIP aus, wie die angekündigten höheren Investitionen der Bundeswehr.

Besonders kritisch sehen wir, dass der Wirtschaftsminister ein ganzes „Indikatorenset" genannt hat. Dieses umfasst fünf Hauptbereiche (Wachstum, Einkommen, Beschäftigung – Umwelt- und Klimaschutz – Bildung, Forschung, Innovation – Soziales, Demografie, Integration – Öffentliche Finanzen, gleichwertige Lebensverhältnisse), die dann noch in bis zu 7 Unterpunkte unterteilt werden. In Summe gibt es damit 33 neue Kriterien, nach denen der Wirtschaftsminister künftig die Entwicklung des Landes bewerten möchte. Nach Medienberichten waren zunächst sogar noch deutlich mehr Indikatoren geplant.

[1] Vgl. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2022.html Seite 6
[2] Jahreswirtschaftsbericht Seiten 79-101.
[3] Auslöser war der US-Senat, der 1932 den Ökonomen Simon Kuznets beauftragte, eine Kennzahl zur Bewertung zu entwickeln.

Anschrift
Dr. König und Kollegen GmbH
Schlothauerweg 15
52353 Düren

Telefon
02421- 99 45 860
Fax
02421 - 99 45 862

Email
info@koenig-kanzlei.de
Internet
www.koenig-kanzlei.de

Deutsche Bank Düren
BIC: DEUTDEDB395
IBAN DE82 3957 0024 0809 5952 00
USt-ID: DE815387385

Auch wenn das Bruttoinlandsprodukt vorrangig von Entscheidungen in der Wirtschaft und natürlich auch dem globalen Umfeld abhängen, stellt es einen wichtigen Indikator dar, ob die politischen Entscheidungen unser Land wettbewerbsfähiger gemacht haben oder ob diese die wirtschaftliche Entwicklung eher bremsen. Wie aber soll eine Bewertung über die Zielerreichung oder -abweichung erfolgen, wenn Kriterien wie der Breitbandausbau, die Geburtenrate oder Nitratminderung im Grundwasser gegeneinander abgewogen werden müssten?

Verschärfend wirkt sich aus, dass erwartbar die Wachstumsrate in Deutschland in den nächsten Jahren deutlich unter Druck stehen wird. Der geburtenstärkste Jahrgang 1964 wird in zwei Jahren 60 und nähert sich damit dem Renteneintrittsalter. Dieser erwartbare Rückgang an Arbeitskräften schränkt das Potentialwachstum in Deutschland deutlich ein. Ergänzend sind auch die Nettoanlageinvestitionen in Deutschland in den letzten 10 Jahren bereits sehr niedrig gewesen. Dies ist ein Anzeichen dafür, dass der Kapitalstock unserer Volkswirtschaft den Rückgang der Arbeitskräfte voraussichtlich nicht kompensieren wird. Auslöser sind nicht zuletzt die hohen Energiepreise. Während der Industriestrompreis in der EU im Jahr 2021 bei 12,83ct/kWh lag, in Frankreich sogar nur bei 10,42ct, musste in Deutschland mit 18,13ct der höchste Strompreis gezahlt werden: Mehr als 40% mehr als im EU-Durchschnitt. Extreme Erwartungen im Rahmen der sogenannten Dekarbonisierung in Deutschland, die weit über das weltweite oder EU-Ziel hinausgehen, werden diesen Kostennachteil weiter verstärken und sich tendenziell dämpfend auf das BIP auswirken.
Die im Rahmen des Ukrainekrieges verhängten Maßnahmen und Sanktionen werden hier tendenziell zu einer weiteren Verschärfung beitragen.

Fazit:
Die wirtschaftliche Messung der Wohlstandentwicklung einer Volkswirtschaft als die Summe der in einem Jahr erzeugten Waren und Dienstleistungen über das BIP, ist ein sinnvoller Weg. Auch wenn die reine BIP-Messung nichts über Zufriedenheit der Bevölkerung, faire Verteilung oder die Belastung der Umwelt aussagt, liegen bisher keine Erfahrungswerte vor, dass die Zufriedenheit der Bevölkerung bei einem Rückgang des BIP (bspw. im Rahmen einer Rezession) gestiegen wäre. Zusätzliche Kriterien zur Einschätzung der „Qualität“ des BIP-Wachstums erscheinen sinnvoll, sollten aber immer nachgelagert zur BIP-Entwicklung gesehen werden. Es steht zu befürchten, dass wir in den nächsten Jahren eine schleichende Verschiebung der Berichterstattung hin zu mehr „Qualität“ sehen werden, um von den Auswirkungen der Politik auf die tatsächliche Wohlfahrt und die Kosten der Transformation abzulenken. Es wäre für unser Land und unsere Kinder kein gutes Zeichen.

Ihr

Dr. Michael König

Die Einschätzungen, die in diesem Dokument vertreten werden, basieren auf Informationen Stand März 2022. Die Einschätzungen sollen dabei nicht als auf die individuellen Verhältnisse des Lesers abgestimmte Handlungsempfehlungen verstanden werden und können eine persönliche Beratung nicht ersetzen. Alle Informationen basieren auf Quellen, die wir als verlässlich erachten. Garantien können wir für die Richtigkeit nicht übernehmen.

Anschrift
Dr. König und Kollegen GmbH
Schlothauerweg 15
52353 Düren

Telefon
02421- 99 45 860
Fax
02421 - 99 45 862

Email
info@koenig-kanzlei.de
Internet
www.koenig-kanzlei.de

Deutsche Bank Düren
BIC: DEUTDEDB395
IBAN DE82 3957 0024 0809 5952 00
USt-ID: DE815387385